



Klimaschutz – Die Zukunft beginnt heute!
Climate Protection – The Future Begins Now!
Protection du climat – L'avenir commence maintenant!

XX. Kongress | 26.-27.9.2008 Liberec | CZ

Klimacharta der Naturfreunde

September 2008

Inhalt

INHALT	2
1. VORWORT	3
2. HERAUSFORDERUNGEN FÜR UND FORDERUNGEN AN DIE KLIMAPOLITIK DER EUROPÄISCHEN UNION	5
a. Energie	6
b. Verkehr	7
c. Bauwirtschaft	8
d. Land- und Forstwirtschaft	8
3. BEITRÄGE DER NATURFREUNDE GEGEN DEN KLIMAWANDEL	9
a. Allgemeine Vereinsaktivitäten	9
b. Naturfreundehäuser	9
c. Reisen und Mobilität	10
d. Politische Arbeit	11
e. Büroökologie	12

1. Vorwort

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist der Klimawandel zur zentralen Herausforderung der Weltpolitik und für eine nachhaltige Entwicklung geworden. Wenn es nicht gelingt, ihn einzudämmen, werden alle Bemühungen um den Abbau der Armut, um Ernährungssicherheit, um die Regelung der Migration, um Naturschutz und Biodiversität um Beschäftigung, und Friedenssicherung vergeblich sein. Aus diesem Grund kann der Klimawandel nicht als ein klassisches „Umweltproblem“ betrachtet werden. Zu groß sind – neben dessen tiefgreifenden ökologischen Folgen (vgl. IPCC Assessment Report 2007) – auch die zu erwartenden Auswirkungen auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung unserer globalisierten Gesellschaft (vgl. Stern Review 2007, UNDP Human Development Report 2007-2008).

Der Klimawandel wird von den Vereinten Nationen zurecht als die größte Herausforderung der Menschheit in diesem Jahrhundert bezeichnet. Eine durchschnittliche globale Erwärmung von mehr als 2 Grad, im Vergleich zu vorindustriellen Zeiten, hätte katastrophale Auswirkungen für die Ökosysteme unserer Erde und die damit verbundene menschliche Entwicklung – ein beträchtlicher Anstieg des Meeresspiegels, Dürren, Ernteausfälle, Zerstörung von Lebensräumen, Landkonflikte, Massenmigrationen oder Epidemien wären nur einige der Folgen (vgl. IPCC 2007). Damit diese Grenze langfristig nicht überschritten wird, müssten die globalen Emissionen bei maximal 400ppm CO₂-Äquivalenten stabilisiert werden. Die heutige Konzentration an CO₂ alleine liegt bereits bei 380 ppm und steigt jedes Jahr um 2 ppm an. Um die 2-Grad-Grenze realistischerweise einhalten zu können, können die globalen Emissionen zwischen den Jahren 2015 und 2020 ihren Maximalwert erreichen, müssen danach aber konstant und langfristig sinken. (vgl. Meinshausen 2006)

Mit der Gründung des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC) im Jahr 1988, sowie der Verabschiedung der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) im Jahr 1992, wurde das Problem der globalen Erwärmung vor bereits zwei Jahrzehnten auf politischer Ebene institutionalisiert. Dass das praktische politische Handeln der unterzeichnenden Staaten bisher weit hinter den Empfehlungen dieser Institutionen liegt, wird durch die weiterhin rasant ansteigenden Emissionen – besonders in den Industrie- und Schwellenländern – augenscheinlich.

Die Naturfreunde Internationale und ihre Mitgliedsorganisationen fordern eine schnelle und effektive politische Antwort auf den Klimawandel. Eine solche Antwort muss einerseits aus Maßnahmen zur substanziellen Reduktion der Treibhausgasemissionen und andererseits aus Maßnahmen zur Anpassung an die bereits jetzt unvermeidlichen Folgen des Klimawandels bestehen. Hier tragen die industrialisierten Länder, die großteils für die erhöhten Treibhausgas-Konzentrationen verantwortlich sind, gegenüber den Ländern des Südens, welche ein geringes wirtschaftliches Anpassungsvermögen an die Folgen des Klimawandels haben, eine historische Verantwortung. Wir sehen den Schlüssel zu einer wirksamen Antwort auf den Klimawandel in einer fundamentalen Änderung der Wertvorstellungen in Politik, Wirtschaft und bei den KonsumentInnen. Diese Änderung muss in den industrialisierten Ländern ihren Anfang nehmen.

Die Wissenschaften weisen wiederholt darauf hin, dass es auf der Welt weder an finanziellen Ressourcen noch an technischen Fähigkeiten für eine solche Antwort mangelt. Es bedarf jetzt jedoch vor allem einer politisch-kulturellen Revolution, um die Weichen in den kommenden Jahren richtig stellen zu können und um ein unwi-

derruffliches Fortschreiten in die falsche Richtung zu vermeiden. Kern dieser kulturellen Veränderung muss die Anerkennung der Tatsache sein, dass das neoliberale Grundprinzip vom bedingungslosen Wirtschaftswachstum mit den dringend notwendigen Sofortmaßnahmen zum Klimaschutz nicht vereinbar ist.

Mit der Klimacharta fordert die Naturfreunde Internationale einerseits eine ambitionierte Klimapolitik von der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten, die dem derzeitigen wissenschaftlichen Kenntnisstand entspricht und auf der anzustrebenden Einhaltung der 2-Grad-Grenze basiert. Die EU muss im derzeit laufenden Verhandlungsprozess für ein internationales Post-Kyoto-Abkommen aufgrund ihrer historischen Verantwortung und ihrer wirtschaftlichen Stärke eine Vorreiterrolle einnehmen. Eine solche Vorreiterrolle erfordert ein ganzheitliches und sektorenübergreifendes Klimaprogramm für die Bereiche Energie, Verkehr, Bauen, sowie Land- und Forstwirtschaft.

Die Naturfreunde Internationale definiert mit der Klimacharta andererseits auch ehrgeizige Vorgaben für uns selbst, um als einer der großen europäischen Verbände für Nachhaltige Entwicklung einen vorbildlichen Weg für die notwendige kulturelle Veränderung zu gehen. Wir möchten zeigen, dass wir selbst zur Änderung von vertrauten Gewohnheiten und Strukturen bereit sind. Bereit zur kritischen Betrachtung unserer täglichen Aktivitäten und Konsumententscheidungen, die uns heute als selbstverständlich erscheinen. Klimaschutz zu leben stellt auch für Naturfreunde eine spannende Herausforderung dar – eine global-soziale Herausforderung, welcher wir uns mit all unserer Kraft und unseren historischen Idealen stellen wollen. Denn neben all den Gefahren, die der Klimawandel mit sich bringt, möchten wir auch eine mögliche Chance nicht unerwähnt lassen: ein Erfolg durch eine völkerübergreifende Antwort auf den Klimawandel wäre ein entscheidender Impuls für eine Nachhaltige Entwicklung in allen ihren Dimensionen.

2. Herausforderungen für und Forderungen an die Klimapolitik der Europäischen Union

Die erste Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls läuft im Jahr 2012 aus. Eine völkerrechtlich bindende Nachfolgereinbarung, über welche derzeit verhandelt wird, muss nach aktuellem wissenschaftlichen Erkenntnisstand folgende Punkte erfüllen:

- Die durchschnittliche globale Erwärmung darf 2 Grad nicht überschreiten.¹
- Die globalen Treibhausgas-Konzentrationen müssen langfristig auf einem Niveau unter 400 ppm CO₂-Äquivalent stabilisiert werden. Ein kurzfristiges Emissionsmaximum im Zeitraum zwischen 2015 und 2020 darf maximale Konzentrationen von 475 ppm aufweisen, sofern unmittelbar danach substantielle Reduktionen erfolgen.²
- In einem ersten Meilenstein müssen die globalen Emissionen bis zum Jahr 2050 gegenüber dem Jahr 1990 um 50 % reduziert werden.¹
- Für eine nachhaltige Emissionsentwicklung dürfen pro Erdenbürger und Jahr nicht mehr als 2 Tonnen CO₂-Äquivalent ausgestoßen werden.¹

Vor diesem Hintergrund fordern die Naturfreunde von den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, ihre bereits signalisierte Vorreiterrolle in den Verhandlungen für ein Post-Kyoto-Abkommen noch stärker wahrzunehmen. Ihre politischen Positionen sind hier an wissenschaftlichen Erkenntnissen und nicht an Interessen mächtiger Lobbygruppen auszurichten. Die großen industrialisierten EU-Volkswirtschaften müssen bei den kommenden Klimagipfeln in Posen / PL (2008) und Kopenhagen / DK (2009) ihre Handlungsbereitschaft beim Klimaschutz gegenüber den Schwellen- und Entwicklungsländern klar signalisieren, indem sie sich zu substantiellen Reduktionsverpflichtungen bekennen und parallel Finanzierungsangebote für Mitigations- und Adaptionsmaßnahmen³ an die Länder des Südens unterbreiten. Eine solche Haltung erhöht den Druck auf die Vereinigten Staaten, sich konstruktiv an einem Post-2012 Klimaabkommen zu beteiligen.

Eine führende Rolle der EU in der Klimapolitik beinhaltet für die Naturfreunde folgende Eckpunkte:

- Ein klares Bekenntnis zur 2-Grad-Grenze
- Eine Verpflichtung der überdurchschnittlich emittierenden Staaten zu einer Reduktion von 30 % bis zum Jahr 2020, und zu einer Reduktion von 80 % bis zum Jahr 2050 bezogen auf das Jahr 1990.
- Die Einhaltung der bestehenden Reduktionsverpflichtungen bis zum Auslaufen der ersten Kyoto-Periode im Jahr 2012.
- Eine permanente Verbesserung des EU-Emissionshandelsschemas (EU-ETS), welches bis zum Jahr 2012 eine faire Verteilung, eine lückenlose Qualitätskontrol-

¹ UNDP (2007): Human Development Report 2007/2008: Fighting climate change: Human solidarity in a divided world.

² Meinshausen, Malte (2006). Eine kurze Anmerkung zu 2°C-Trajektorien. In: Ott, Herrmann E. (2008). Wege aus der Klimafalle: Neue Ziele, neue Allianzen, neue Technologien - was eine zukünftige Klimapolitik leisten muss. München: oekom.

³ Mitigation meint die Abschwächung der Stärke des Klimawandels, Adaption die Anpassungen an den Klimawandel.

le sowie eine volle Versteigerung von Emissionsrechten sicherstellen muss. Die Aufnahme von weiteren emissionsintensiven Sektoren (z.B. Flugverkehr oder Bauindustrie) muss vorangetrieben werden.

- Die Umsetzung einer europaweiten ökologischen Steuerreform, welche eine Belastung von Energie- und Ressourcenverbrauch und im Gegenzug eine Entlastung von Arbeit vorsieht.
- Die Einrichtung eines EU-Klimarates, welcher – ähnlich der Rolle des IPCC auf globaler Ebene – für die EU wissenschaftlich fundiert konkrete Maßnahmen erarbeitet und ein laufendes Monitoring von deren Umsetzung durchführt.
- Die Umsetzung des „Adaptation Green Paper“ der EU, welches Anpassungsmaßnahmen an bereits unvermeidliche Folgen des Klimawandels innerhalb und außerhalb Europas als integrativen Bestandteil einer ganzheitlichen Klimapolitik vorsieht. Die Anpassung an den Klimawandel ist als ein Kernthema in der EU-Entwicklungszusammenarbeit auszubauen.
- Die Verantwortung Europas als überdurchschnittlicher CO₂-Emittent für die Welt und insbesondere für die Entwicklungs- und Schwellenländer als unterdurchschnittliche Emittenten und überdurchschnittlich vom Klimawandel Betroffene hat unter anderem zu folgenden Maßnahmen zu führen:
 - Der Aufbau von leistungsfähigen Mechanismen und Institutionen, um, zusätzlich zur Armutsbekämpfung, gezielt Mitigations- und Adaptionsprojekte in Schwellen- und Entwicklungsländern zu finanzieren. Die Einspeisung sollte nach dem Verursacherprinzip durch Mittel aus Energiesteuern, dem Verkauf von Emissionsrechten oder neuen Finanzierungsinstrumenten wie z.B. Flugticketabgaben, Devisentransaktionssteuern oder Kerosinbesteuerung erfolgen.
 - Aktive Einflussnahme auf nationale und internationale Finanzinstitutionen (Entwicklungsbanken, Weltbank, IWF, ...), damit diese ihre Förder- und Anreizpolitik weg von fossilen und nuklearen Energien zugunsten erneuerbarer, dezentraler Energieträger und Effizienztechnologien umgestalten.

Eine umfassende EU-Klimastrategie, basierend auf den oben genannten Kernmaßnahmen, benötigt einerseits ein deutlich stärkeres Investment in den Bereichen Bildung für Nachhaltige Entwicklung und klima- und nachhaltigkeitsrelevante Forschung. Andererseits müssen tiefgreifende Strukturreformen in der gesamten Wirtschaft, insbesondere für die Sektoren Energie, Verkehr, Industrie, Bauwirtschaft sowie Land- und Forstwirtschaft entwickelt und umgesetzt werden.

a. Energie

- Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energiequellen am Gesamtenergieverbrauch der EU auf 25 % bis zum Jahr 2020 und auf 50 % bis zum Jahr 2050
- Erarbeitung eines Energieeffizienzplanes, basierend auf dem ‚Green Paper für Energieeffizienz‘ der EU, welches Energieeinsparungen um 20 % bis zum Jahr 2020 vorsieht. Weiters muss die Einhaltung der bereits existierenden EU-Richtlinien zur Energieeffizienz durch die Mitgliedsländer sichergestellt werden.

- Eine klare Absage an die Atomenergie, welche angesichts der unabschätzbaren Risiken und ungeklärten Fragen in der Produktionskette (z.B. Gewinnung und Endlagerung des radioaktiven Brennstoffs) als eine gefährliche Sackgasse im Klimaschutz anzusehen ist.
- Ein Stopp für alle Subventionen und Förderungen auf fossile Energieproduktion sowie für den Bau zusätzlicher Kohlekraftwerke, damit die Entwicklung klimaverträglicher Energieformen nicht behindert wird.
- Umfassende Förderungen für Energieproduktion aus Sonne, Wind, Wasser und Biomasse, welche an die Einhaltung allgemeiner Nachhaltigkeitskriterien gebunden sein müssen.
- Einführung von Mindest-Effizienz-Standards für energieverbrauchende Querschnittstechnologien innerhalb der Industrie wie Antriebe, Kompressoren oder Beleuchtung.
- Die Einführung und Harmonisierung einer verbrauchsabhängigen Energiebesteuerung als Anreiz zum Energiesparen ohne sozial schwächere Gruppen übermäßig zu belasten.

b. Verkehr

- Die umgehende Einrichtung eines Moratoriums über das EU-Ziel, bis zum Jahr 2020 einen Agrotreibstoff-Beimischungsanteil von 10 % zu erreichen. Angesichts neuer Studien und der aktuellen weltweiten Lebensmittelkrise sind Agrotreibstoffe kein geeignetes Mittel zum Klimaschutz, da erzielbare Netto-Emissionsreduzierungen in keinem akzeptablen Verhältnis zu den ökologischen Nebenkosten stehen.
- Eine Besteuerung auf den Emissionsausstoß von Fahrzeugen, welche durch ein Bonus-Malus-System eine Grenze von 120g CO₂/km bis zum Jahr 2012 und 80g CO₂ bis zum Jahr 2020 vorsehen muss.
- Die Novellierung der EU-Wegekostenrichtlinie für eine emissionsabhängige Besteuerung im Güterverkehr sowie für die Festlegung von Obergrenzen in Transitregionen.
- Die Berücksichtigung eines wissenschaftlich angemessenen RFI-Faktors (Radiative Forcing Index) für die geplante Aufnahme der Flugindustrie in das EU-Emissionshandelschema ab 2012.
- Die Kürzung von öffentlichen Mitteln für den Bau von Autobahnen sowie die Einstellung von öffentlichen Subventionen für den Ausbau von Flughäfen.
- Subventionen für den Ausbau eines gesamteuropäischen Schienen- und Hochgeschwindigkeitsnetzes, sowie die Vereinheitlichung von Betriebs- und Tarifsystemen im grenzüberschreitenden Schienenverkehr.
- Die Förderung von verkehrsreduzierender Raumplanung und die verstärkte Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien zur Vernetzung und einheitlichen Tarifgestaltung öffentlicher Verkehrssysteme.
- Ausbau der Förderprogramme für Forschung und Entwicklung für energieeffiziente Verkehrstechnologien.

c. Bauwirtschaft

- Ausweitung der EU-Gebäuderichtlinie zur flächendeckenden Umsetzung des Passivhausstandards für Neubauten sowie strenge energetische Vorgaben bei Gebäudesanierungen.
- Umfassende Förderprogramme für Gebäudesanierungen in den Mitgliedsländern
- Kontrollen zur Umsetzung der bereits existierenden EU-Gebäuderichtlinie in den Mitgliedsländern
- Gezielte Maßnahmen in den Mitgliedsländern, um den Zugang von sozial benachteiligten Schichten zu Energieeffizienz-Maßnahmen zu fördern

d. Land- und Forstwirtschaft

- Umwandlung der europäischen und nationalen Agrarsubventionszahlungen zur Förderung von Betrieben, die ökologisch sinnvoll und klimafreundlich wirtschaften und auf ihren landwirtschaftlichen Böden den Humusgehalt erhöhen
- Politische Maßnahmen auf internationaler Ebene gegen die Rodung von Urwäldern und Trockenlegung von Feuchtgebieten zur landwirtschaftlichen Nutzung. Vor allem die EU-Außenhandelspolitik muss dementsprechend ausgerichtet werden
- Einfuhrsteuern auf Tierfuttermittel, welche aus nicht nachhaltigen Produktionsprozessen sowie aus Rodungsflächen ehemaliger Regenwaldgebiete stammen
- Einführung einer Klimaabgabe auf mineralische Stickstoffdünger
- Finanzierung von EU-weiten Werbemaßnahmen für eine geänderte Ernährungsweise mit weniger Fleisch

3. Beiträge der Naturfreunde für den Klimaschutz

Klimaschutz bedeutet nicht nur politische Forderungen zu stellen, sondern auch zu zeigen, dass ein klimafreundliches Leben und Wirtschaften in einer solidarischen Gesellschaft möglich ist. Die Naturfreunde sind ein Verband mit über 600.000 Mitgliedern, die Klimaschutz in ihrem Alltag und ihrer Vereinsarbeit leben wollen.

Um ein deutliches Zeichen für einen politisch-kulturellen Wandel zu setzen, verabschieden die Naturfreunde ein umfassendes Programm als Antwort auf die Herausforderungen des Klimawandels. Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung werden für allgemeine Vereinsaktivitäten, Naturfreundehäuser, Reisen und Mobilität, politische Arbeit sowie für den alltäglichen Bürobetrieb definiert und sollen bis zum Jahr 2012 umgesetzt oder die Umsetzung zumindest mit konkreten Umsetzungsschritten begonnen werden.

a. Allgemeine Vereinsaktivitäten

Sensibilisierungskampagnen über klimafreundlichen Lebensstil: Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit und Mitgliederbetreuung (z.B. Zeitschriften, Websites, Mailings, ...) sensibilisieren die Naturfreunde kontinuierlich für nötige Änderungen im Lebensstil und beim Konsumverhalten. Partnerschaften mit spezialisierten Klimaschutzorganisationen können das unterstützen.

Kampagnen sollten sich an den Interessen und Möglichkeiten der Zielgruppen orientieren und eine Stärkung des persönlichen Verantwortungsempfinden beim Klimaschutz zum Ziel haben. Beispielsweise ist die Information über den CO₂-Fußabdruck verschiedener Produkte und Aktivitäten, in Verbindung mit einem persönlichem CO₂-Budget von 2 Tonnen pro Jahr ein wirksames Instrument, um die Verhältnisse klimaschädlichen Handelns auf individueller Ebene anschaulich darzustellen.

Projekte und Kampagnen der Naturfreunde wie die Landschaft des Jahres, zielen u.a. auf umweltverträgliche und klimaschonende Mobilität. So wird auch im Rahmen der lokalen Umsetzungen der internationalen **Natura Trail Kampagne** generell zu einer Freizeitgestaltung in der Region mit umweltverträglicher Anreise angeregt.

b. Naturfreundehäuser

Die CO₂-Einsparungen bei Bau, Instandhaltung und Betrieb der über 1000 Naturfreunde-Häuser stellen einen der wichtigsten Bereiche dar, in welchem die Mitgliedsorganisationen Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen umsetzen können.

Neubau: Neue Naturfreundehäuser sind ausschließlich in einer Niedrigenergiebauweise zu errichten, welche einen jährlichen Heizwärmebedarf von 40 kWh/m² nicht überschreiten dürfen. Vorzugsweise – und wenn sinnvoll – sollen Naturfreundehäuser nach dem strengeren Passivhaus-Standard mit einem maximalen jährlichen Heizwärmebedarf von 15 kWh/m² errichtet werden. Hiefür sollen vor jedem Neubau alle Förder-, Finanzierungs- und Umsetzungsmöglichkeiten genau überprüft werden.

Thermische Sanierung: Heizenergieverluste können durch technische und organisatorische Maßnahmen beträchtlich reduziert werden. Alle bestehenden Naturfreunde-Häuser sollen einer Analyse der Gebäudesubstanz unterzogen werden. Ein

Energieausweis nach der EU-Richtlinie zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden sowie ein Umsetzungsplan zur thermischen Sanierung, aufbauend auf einer individuellen Kosten-Nutzen-Analyse, sollte für jedes Naturfreunde-Haus bis zum Jahr 2012 vorliegen. Möglichst viele Naturfreunde-Häuser sollen bis zu diesem Zeitpunkt bereits thermisch saniert sein. Die thermische Sanierung der Naturfreunde-Häuser soll bei anstehenden Investitionen zum Standard werden. Bei der Sanierung sollen auch Technologien zur Wärmerückgewinnung berücksichtigt werden.

Erneuerbare Energiequellen: Eine Energieinitiative der Naturfreunde soll es einer großen Zahl der Naturfreunde Häuser ermöglichen ihren Energiebedarf ehebaldigst aus erneuerbaren Energiequellen zu decken, entweder durch direkten Einsatz von Sonnenenergie (Photovoltaik oder Solarwärme), Wind, Wasser, Biomasse (Stückholz, Hackschnitzel oder Pellets), Erdwärme (Wärmepumpe) oder bei externer Zulieferung mittels Ökostrom-Anbieter. Bis zum Jahr 2020 soll der Anteil der erneuerbaren Energiequellen bei mindestens 90 % liegen.

Energieeffizienter Betrieb: Ein individuelles Energiespar-Programm soll durch Beratung eines Experten für jedes Naturfreundehaus erstellt werden, welches unter anderem Maßnahmen zur Energieverbrauchskontrolle, Optimierung der Beleuchtungstechnik, Regulierung des Warmwasserverbrauchs oder die Anschaffung energieeffizienter Geräte beinhalten soll.

Regionale Zulieferer: Materialien, Produkte und Dienstleistungen, die zum Bau, Instandhaltung und Betrieb von Naturfreunde Häusern benötigt werden, sollen – sofern erhältlich – ausschließlich aus der umliegenden Region bezogen werden, um energieintensive Zwischen- und Endtransportwege zu vermeiden.

Vorreiter stärken: Vorreiter unter den Naturfreunde Häusern sind besonders zu fördern und auch über den Verband hinaus bekannt zu machen.

c. Reisen und Mobilität

Der tourismusbedingte Personenverkehr, vor allem durch Auto und Flugzeug, ist ein wesentlicher Mitverursacher des Klimawandels. Eine Verlagerung des unvermeidlichen Transportaufkommens zu Bahn und Bus muss daher die oberste Priorität in der Planung von Aktivitäten der Naturfreunde haben. Bei unvermeidlichen Flugreisen sollen entsprechende Klimaschutzspenden an seriöse Offset-Anbieter geleistet werden.

Gestaltung von Pauschal- und Gruppenreisen: Von Naturfreunden angebotene oder organisierte Pauschal- und Gruppenreisen sollen, soweit möglich und vertretbar, mit energieeffizienten Transportmitteln wie Bahn und Bus angeboten werden. Für Reiseziele unter 800 km Entfernung sollen keine Flüge angeboten werden, für Reiseziele über dieser Entfernung soll die Entfernung und die Länge des Aufenthaltes in einem angemessenen Verhältnis stehen (bis 2000 km mind. 8 Tage Aufenthalt, über 2000 km mind. 14 Tage Aufenthalt). Bei Flugreisen ist der Reisende jedenfalls zur Anreise zum Flughafen mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu motivieren und über den mit dem Flug verbundenen CO₂-Fußabdruck zu informieren, welcher den erhöhten Strahlungsantrieb von Emissionen in höheren atmosphärischen Schichten berücksichtigen muss (mittels des RFI-Faktors). Alle von Naturfreunden angebotenen oder organisierten Flugreisen sollen mit einer entsprechenden Klimaschutz-Spende bei der Initiative atmosfair (oder anderen seriösen Offset-Anbietern) verbunden sein. Im gesamten Reiseangebot der Naturfreunde sollen regionale Tourismusziele mit kurzen Anreisewegen klar überwiegen.

Information bei Individualreisen: Bei individueller Anreise zu Naturfreunde-Einrichtungen (z.B. Naturfreunde Häuser, Natura Trails etc.) sind die Mitglieder soweit möglich über klimafreundliche Möglichkeiten der An- und Abreise zu informieren. Die Mitgliedern sollen bei der Benützung von öffentlichen Verkehrsmitteln durch Serviceleistungen (z.B. Mobilitätszentralen, Fahrplanauskünfte auf Websites, etc.) unterstützt und durch spezielle Angebote (z.B. Vergünstigungen in Naturfreunde-Häusern gegen Vorweisen eines Bahntickets) motiviert werden. Naturfreunde-Einrichtungen sollen ihren Gästen klimafreundliche Individualmobilität vor Ort bieten (z.B. durch Verleih von Fahrrädern oder Solarfahrzeugen).

Richtlinien für Dienstreisen: Die Möglichkeit Dienstreisen bei den Naturfreunde-Organisationen durch moderne Kommunikationstechnologien zu ersetzen wird geprüft und wo möglich umgesetzt. Für Dienstreisen gelten dieselben Richtlinien wie für die Gestaltung von Pauschal- und Gruppenreisen. Klimaschutz-Spenden an atmosphair für Flugreisen sind als ein fester Bestandteil der Reisekosten zu werten, welche von den Naturfreunde-Organisationen zu entrichten sind. Insgesamt ist eine deutliche Reduktion der dienstlichen Flugreisen anzustreben.

Unterkünfte: Sofern organisatorisch möglich, empfehlen die Naturfreunde auf den von ihnen organisierten Reisen und Exkursionen Unterkünfte, welche hohen ökologischen Standards entsprechen. Unterkünfte mit geprüften nationalen Umweltzertifikaten wie das Österreichische Umweltzeichen (A), der Blaue Engel (D), Viabono (D), das Steinbock-Label (CH), The Green Key (F, NL, S, DK, EST), The Green Tourism Business Scheme (UK), Legambiente Turismo (I) oder internationale Zertifikate wie das European Ecolabel (EU Flower) oder Green Globe sind neben (vorzugsweise thermisch sanierten) Naturfreunde Häusern zu bevorzugen.

Sensibilisierungskampagnen für klimafreundliches Reiseverhalten: Im Rahmen der öffentlichen Sensibilisierung über einen klimafreundlichen Lebensstil (vgl. Punkt a) soll auch das Reiseverhalten angesprochen werden. Die Hauptziele sind ein verstärktes Verständnis für die ökologischen Kosten von verschiedenen Transportmitteln der An- und Abreise, das Aufzeigen von Alternativen und Lösungsansätzen, die Erzeugung eines modernen und innovativen Image von sanft-mobilen Reiseangeboten, sowie die Änderung der derzeitigen Reisetrends von „öfter und weiter“ hin zu „weniger oft und näher“.

d. Politische Arbeit

Dem Klimaschutz soll im politischen Arbeitsprogramm der Naturfreunde Internationale und der Naturfreunde-Länderorganisationen oberste Priorität eingeräumt werden. Die Lobbyarbeit in der Klimapolitik erfordert auf internationaler Ebene ein vernetztes und koordiniertes Vorgehen der zivilgesellschaftlichen Organisationen. Gemeinsam erarbeitete Positionen und Forderungen sollen von den einzelnen Naturfreunde-Organisationen im nationalen politischen Diskurs stark vertreten werden.

Budget für klimapolitische Arbeit: Die Naturfreunde Internationale sowie ihre Mitgliedsorganisationen sollten jeweils einen ausgewiesenen Budgetanteil für klimapolitische Arbeit festlegen.

Zusammenarbeit innerhalb von Green 10: Die Naturfreunde Internationale nutzen die Mitgliedschaft bei den Green 10, der Plattform der zehn größten europäischen Umweltverbände, als Ansatzpunkt für klimapolitische Arbeit auf EU-Ebene. Innerhalb der Green 10 wird eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Europäischen Umweltbüro (EEB) und dem Climate Action Network Europe (CAN-E) angestrebt.

Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Organisationen außerhalb der EU: Die Naturfreunde Internationale streben im Rahmen der Green 10 eine verstärkte Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Klimaschutz-Organisationen aus den USA, Kanada, Australien und Japan an. Ziel ist es, eine gebündelte und starke zivilgesellschaftliche Position der überdurchschnittlich emittierenden Industriestaaten bei Post-Kyoto Verhandlungen (z.B. Kopenhagen 2009) zu vertreten. Das Climate Action Network International bietet sich als Plattform zur Vermittlung an. Mittelfristig soll eine stärkere klimapolitische Vernetzung mit Nichtregierungsorganisationen in Schwellenländern (China, Indien, Brasilien, etc.) angestrebt werden, langfristig auch mit Organisationen in Entwicklungsländern – insbesondere mit unseren Mitglieds- und Partnerorganisationen. Kooperationen mit Nichtregierungsorganisationen in Entwicklungsländern zur Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel sind bereits kurzfristig vorzunehmen.

Nationale politische Arbeit: Auf internationaler und europäischer Ebene ausgearbeitete politische Forderungen sollen von den Naturfreunde-Organisationen in ihren Ländern an die Öffentlichkeit und die politischen Akteure kommuniziert werden. Eine Vernetzung mit anderen, auf nationaler Ebene handelnden Nichtregierungsorganisationen soll angestrebt werden.

e. Büroökologie

Strom aus erneuerbaren Energien: Büroräumlichkeiten der Naturfreunde-Organisationen sollen – wo verfügbar – Strom von Anbietern beziehen, welche ausschließlich aus erneuerbaren Energiequellen produzieren.

Energiesparplan für Bürobetrieb: Für jedes Naturfreunde-Büro soll ein Energiesparplan mittels Ist-Soll Analyse und laufender Energieverbrauchskontrolle erstellt werden. Der Energiesparplan soll interne Regelungen zur Energieeffizienz benennen.

Pendeln: Mitarbeiter, welche öffentliche Verkehrsmittel zu und von der Arbeitsstätte verwenden, sollen durch Anreize (z.B. Kostenzuschüsse für Fahrtickets) unterstützt werden.

Beschaffungswesen: Die Beschaffung von Büromaterialien soll bei regionalen Produzenten oder Serviceanbietern erfolgen, um lange Transport- und Anfahrtswege zu vermeiden.

Druckmaterialien: Die Produktion von Druckmaterialien soll ausschließlich bei Anbietern erfolgen, welche strenge ökologische Standards einhalten (z.B. Richtlinie „Schadstoffarme Druckerzeugnisse“ nach dem Österreichischen Umweltzeichen). Bei großen Druckaufträgen sollten entweder Druckereien verwendet werden, die ihre Emissionen kompensieren oder die verbleibenden Emissionen aus Produktion und Distribution durch Spenden an seriöse Offset-Anbieter abgegolten werden.